



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24534 - 33
Fernschreiber 0286-030

2/XIII/284 - 13. Dezember 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Feierschichten brücken die Weihnachtsstimmung Noch keine Lösung an Rhein und Ruhr	48
2 - 3	"GNP" - Frankreichs neue Regierungspartei Viele Strömungen hinter einem Namen	92
4 - 5	Alle Jahre wieder kommt die Kündigung Auf Westdeutschlands Baumarkt wird die Weihnachtsgratifikation eingespart	56
6 - 7	Die Atomenergie und wir Rückstand der Atomwissenschaft in der Bundesrepublik	57

* * *
* * *

- 1 -
Feierschichten drücken die Weihnachtsstimmung

SP - Noch zehn Tage bis Weihnachten, in denen die Weihnachtsstimmung steigt. Doch es gibt einige Gebiete in der Bundesrepublik, wo diese Stimmung proportional zu den schwindenden Tagen bis zum Feste sinkt; insbesondere an Rhein und Ruhr.

Wieder haben zum Wochenende 50 Schachtanlagen Feierschichten eingelegt und haben die Bergarbeiter 3,5 Mio DM Lohnausfall hinnehmen müssen. In der Stahlindustrie arbeiten 60 000 in Kurzarbeit. Man erwägt die Stilllegung von Schächten und Hochöfen und macht so sichtbar, in welchem Umfang die angeblich soziale Marktwirtschaft die Risiken der Krise auf die schwachen Schichten unserer Bevölkerung verlagert. Zwar haben weiter die Bundesregierung, die Hohe Behörde der Montan-Union, die Unternehmensverbände des Ruhr-Bergbaus und der Heizölindustrie in Permanenz getagt. Doch in keinem Falle hat auf ihrer Tagesordnung das soziale Problem eine Rolle gespielt. Hier ging es immer um die Erhaltung der Unternehmenserträge. Zwei Ereignisse der letzten Tage sind dafür typisch.

Der Unternehmensverband Ruhr-Bergbau hat bei der Hohen Behörde der Montan-Union, die schon vor sich aus erwägt, über die Bereitstellung von zinsverbilligten Krediten für die Halbfertfinanzierung die Bergbauunternehmen vor allen großen Verlusten zu schützen, den Antrag gestellt, das Ruhrkohlen-Verkaufskartell für ein weiteres Jahr zu genehmigen. Aus den Besprechungen zwischen dem Unternehmensverband Ruhr-Bergbau und den Vertretern der Heizöl-Industrie scheint heraus, daß sich auch hier eine gemeinsame Markt- und Preispolitik anbahnt. Man spricht von Syndikatverträgen und Absatzquoten, d.h. man sucht nach einer privatwirtschaftlichen Lösung, in der die beiden Interessentengruppen den bundesrepublikanischen Markt untereinander aufteilen und auf diese Weise "einen ruinösen Preiswettbewerb" vermeiden wollen.

Das könnte bedeuten, daß wir zwar keine Heizöl-Steuer bekommen, statt dessen aber eine Preisabgabe zwischen den beiden Interessentengruppen, die den Kohlenpreis stabilisiert, indem sie den Heizölpreis "angleicht". Der daraus erzielten Mehrgewinn aus erhöhten Heizölpreisen würden sich der Bergbau und die Ölindustrie im Verhältnis 40 : 60, entsprechend ihren gegenwärtigen Marktanteil beim Heizöl, teilen. So hätten wir zwar die "dirigistische Lösung", durch die der Staat den Mehrgewinn einzöge, vermieden und statt dessen eine privatwirtschaftliche Lösung. Doch der Effekt wäre derselbe. Der Verbraucher hätte die Kosten zu tragen.

Unter denen, deren Weihnachtsstimmung unter diesen Ergebnissen am meisten zu leiden hätten, sollte sein: der Bundeswirtschaftsminister. Gleichgültig, ob es zur dirigistischen Lösung über die Heizölsteuer oder zur privatwirtschaftlichen des Kohle/Heizöl Syndikates käme, er hätte in jedem Falle eine Niederlage erlitten. In berechtigt gedrückter Stimmung sind die Bergarbeiter und der Vorstand ihrer Gewerkschaft. Ihnen hatte man - wie schon so oft - wieder einmal ein leeres Versprechen gegeben. Der große Kanzler hatte von einer politischen Entscheidung "noch vor Weihnachten" gesprochen und Hoffnungen geweckt. Auch dieses Versprechen wurde - wie üblich - nicht eingehalten. Das ist ein Teilstück der Bonner Wirtschaftspolitik, die mit leeren sozialen Versprechungen ihre Abhängigkeit von privatwirtschaftlichen Interessentengruppen zeigt.

"UNR" - Frankreichs neue Regierungspartei

Von unserem Pariser Korrespondenten Georg Scheuer

Die größte Partei Frankreichs wurde erst vor zwei Monaten, im Oktober 1958, gegründet: die "Union de la Nouvelle République" ("Union der Neuen Republik"). Obwohl diese neue politische Partei bis jetzt kein Programm bekanntgegeben hat, erhielt sie am 30. November 26 Prozent der abgegebenen Stimmen und verfügt über die größte Parlamentsfraktion, die es in Frankreich seit der Dritten Republik gab: 189 Abgeordnete, die sich untereinander bis jetzt persönlich größtenteils nicht kannten und die jetzt feierlich versprechen müssen, der UNR-Fraktion treu zu bleiben. Auf diese Weise soll dem Zerfall vorgebeugt werden, dem andere Rechtsbewegungen der Nachkriegszeit in Frankreich zum Opfer fielen: RPF, Poujadisten u.ä. Man muß abwarten, ob der UNR-Schwur gehalten wird.

Jetzt schon zeichnen sich Differenzen in der neuen gaullistischen Bewegung ab, in deren "Zentralkomitee" sich mit Jacques Scoustelle folgende Persönlichkeiten befinden: Generalsekretär Roger Frey, (45), Sohn einer elsässischen Industriellenfamilie, führend schon in der gaullistischen Sammelbewegung RPF, (1951), sowie während des Mai-Putsches in Algier, Justizminister Michel Debré, Autor der neuen Verfassung, gilt als extremer Nationalist. Er entstammt einer bürgerlichen, jüdischen Familie; sein Großvater war Rabbiner, sein Vater ist Mitglied der Medizinischen Akademie. Debré war bis de Gaulles Machtergreifung Herausgeber des "Courrier de la Colère", ("Kurier des Zornes"), jetzt "Courrier de la Nation". Als "Linker" gilt der Kriegsteilnehmer-Minister Edmond Michelet, im Zweiten Weltkrieg Widerstandskämpfer; er wurde nach Dachau deportiert. Er ist zugleich Gaullist und katholischer Demokrat.

Weitere Mitglieder des gaullistischen Zentralkomitees sind Léon Delbecq und Neuwirth, die beiden gaullistischen Vertrauensleute in den Wohlfahrtsausschüssen in Algier, aus welchen sie sich zurückgezogen haben. Albin Chalandon ist der Finanz- und Wirtschaftsmann der UNR, zugleich Generaldirektor der Banque Commerciale de Paris.

Eine besondere Persönlichkeit ist der neue, für fünf Jahre gewählte Präsident des neuen Parlaments, Chaban-Delmas, der die Verbindung vom alten zum neuen "System" symbolisiert. Früherer Finanzinspektor, Bürgermeister von Bordeaux, früherer Fraktionschef der RPF 1951; er gilt als "liberal" und "konservativ". In der November-Wahl 1958 erfocht er seinen Sieg gegen den rechtsradikalen General Chassin, einen Ex-Poujadisten und Gründer einer "Volksbewegung des 13. Mai". Chaban-Delmas verwendete in seiner Wahlkampagne ein "linkes" Schlagwort: "Wer gegen die Obersten ist, stimmt für mich". Hundert Kilometer weiter siegte aber, gleichfalls unter der Etikette der UNR, Oberst Thomazo, ("Ledernase"), der Führer der Mai-Putschisten auf Korsika.

Einige Widersprüche innerhalb der UNR sind damit umrissen. Im Gegensatz zur Mehrheit der "algerischen" Abgeordneten, die sich in einer Entschließung ausdrücklich für die "Integration", den vollständigen

digen "Anschluß" Algeriens an Frankreich ausgesprochen haben, hat sich Roger Frey im Namen der UMR zu den Erklärungen de Gaulles bekannt, d.h. Betonung der algerischen "Persönlichkeit", Unterscheidung zwischen Algerien, Frankreich und den Überseegebieten, also faktische Ablehnung einer "Integration". Es wird sich bald zeigen, wie sich die Gesamtheit der neuen Partei zu diesem heiklen und entscheidenden Problem verhält.

Außer der Außen- und Algerien-Politik ist die Wirtschafts- und Sozial-Politik die größte Sorge der UMR. Die neue Partei will durch eine "kühne" Sozialpolitik die französischen Arbeitermassen dem Einfluß der Kommunisten entreißen und die "Klassengegensätze überwinden". Dieses Ziel setzte sich bekanntlich schon die gaullistische Sammlungsbewegung RPF im Jahre 1951 mit der Idee einer "Assoziation von Kapital und Arbeit". Von derartigen Theorien abgesehen, wird die UMR sehr rasch konkrete Probleme zu lösen haben und danach beurteilt werden: Eindämmung der Wirtschaftskrise, Vollbeschäftigung, Befriedigung der Forderungen der Staatsangestellten.

Ein besonderes Problem ist die Stellung der UMR zur Gewerkschaftsbewegung. Nach der Machtergreifung de Gaulles im Juni 1958 herrschte in den Gewerkschaftskreisen Unruhe, die sich dann legte, und sich - infolge der liberalen Haltung des Regierungschefs - teilweise in Sympathie verwandelte. Daraus erklärt sich die Krise in der kommunistischen Gewerkschaft CGT und die Tatsache, daß ungefähr eine Million früherer kommunistischer Wähler, vor allem in den Arbeitervierteln, für die UMR stimmte.

Innerhalb der UMR gibt es drei Strömungen zur Lösung der "Gewerkschaftsfrage":

1.) Eine autoritäre Tendenz, die im Zeichen eines "Ständestaates" eine Einheitsgewerkschaft gründen will. Diese Tendenz, die von den Kautschikisten ausgeht, ist allerdings bereits in Algerien selbst am Widerstand der dortigen sozialistischen, christlichen und unabhängigen Gewerkschaften gescheitert.

2.) Eine Tendenz, die eine eigene gaullistische Gewerkschaft schaffen will, die mit den bereits bestehenden Gewerkschaften - CGT (kommunistisch), FO (sozialistisch), CFPC (christlich) und autonome Gewerkschaften - konkurrieren soll. Eine solche neue Gewerkschaft könnte entweder aus den Anhängern der früheren "Arbeiteraktion" der RPF gebildet werden, die sich jetzt in verschiedenen unabhängigen Gewerkschaften befinden oder durch Spaltung der bestehenden Gewerkschaftsbünde.

3.) Eine dritte Strömung schließlich verhält sich liberal und ist der Auffassung, daß die UMR sich in Gewerkschaftsfragen nicht direkt einmischen soll. Gaullistische Gewerkschaftssympathisanten sollen in den bestehenden Verbänden bleiben und dort wirken.

Es ist noch nicht festzustellen, welche dieser Strömungen sich schließlich durchsetzen wird, doch kann jetzt schon gesagt werden, daß die Haltung der UMR zur französischen Gewerkschaftsbewegung nicht nur für das politische Gesicht dieser neuen Bewegung, sondern überhaupt für das Wesen der Fünften Republik bestimmend sein wird.

Alle Jahre wieder kommt die Kündigung

W.E. - Die Tage sind an den zehn Fingern abzuzählen, an denen die Bauarbeiter von den Gerüsten herunterklettern und die Kündigung entgegennehmen. Und nicht nur die Bauarbeiter - auch die artverwandten Berufe werden alle Jahre wieder in der Vorweihnachtszeit davon betroffen.

Es ist schon Tradition geworden im Lande der Wirtschaftswunder, daß man diese Zehntausende, meist Familienväter, spätestens zum vierten Advent entläßt, damit der Unternehmer nicht vielleicht noch in die Verlegenheit kommt, eine Weihnachtsgratifikation zu zahlen. Die offizielle Formel allerdings von Hamburg bis München lautet: "Wegen Frosteinbruch!".

Dabei ist gerade dieser Grund kein Grund, denn in vielen Ländern dieser Erde wird Sommer wie Winter durchgebaut. Die Bauunternehmer bedienen sich der Heißluft und spannen über die Bauten Zeltplanen. Das kostet nach ausländischer Berechnung insgesamt nicht mehr als etwa 2 Prozent von den Gesamteinnahmen im Jahr eines Bauunternehmers. Zudem kann er diese Auslagen als reine Betriebskosten wieder abschreiben.

In der Bundesrepublik aber geht so etwas nicht. Da heißt es, die Häuser würden sich dadurch bis zu zehn Prozent in der Herstellung verteuern; da heißt es, man sei nicht sicher, ob die Bauarbeiter überhaupt zu dieser Jahreszeit und unter diesen Umständen arbeiten möchten (!). So jedenfalls wurde in Hannover argumentiert, wo sich Experten und Großverdiener unserer Bauindustrie zu einem Tagesgespräch vereinten.

Die westdeutsche Bauwirtschaft beweist man schon seit zehn Jahren, daß gerade auf diesem Gebiete der Arbeitseinteilung und der

Verantwortung gegenüber dem Arbeitnehmer eine planende wie soziale Hand fehlt. Jedes Jahr zeigt es sich aufs Neue, daß Winter, Frühjahr und Frühsommer relativ sehr wenig gebaut wird, dann aber brechen alle Dämme auf einmal und die Auftragsflut ergießt sich derart über die Schaffenden, daß sie pro Tag bis zu 16 Stunden arbeiten müssen, wie der Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden, Leber, kürzlich in Westfalen erklärte.

Über den Fiskus kamen im letzten Baujahr fast 70 Prozent aller Aufträge. War es nötig, daß sie samt und sonders in Sommer und Herbst fielen? Konnte man nicht ein Teil zumindest im Frühjahr vergeben? Die Zeit der Arbeitslosigkeit für Bauarbeiter hätte und könnte so verkürzt werden.

Offenbar ist dies selbst dem Bund aufgefallen, denn in letzter Zeit läßt er wiederholt verlauten, er wolle dafür sorgen, daß die langen Winterpausen verkürzt würden. Es hört sich aber alles wie ein Lippenbekenntnis an, denn die Bauunternehmer wollen dazu nicht ja sagen. Und was sagen die Bauarbeiter? "Daß wir regelmäßig Jahr für Jahr acht, 14 Tage oder drei Wochen vor Weihnachten auf die Straße geworfen werden, hat doch mit dem Winter gar nichts zu tun!"

Einige behaupten auch, daß ihre Entlassung mit der Gratifikation kaum etwas zu tun habe, denn die gäbe es "so oder so" nicht. Vielmehr hätten sie den Eindruck, daß sich die Unternehmer auf Landesebene absprächen, wann sie allgemein die Bauten einfrieren ließen, um auf diese Weise auch regelmäßig etwaige Sozialforderungen wie Zuschläge etc. abzuwehren. Oft wird mit der Kündigung vor Weihnachten offen ausgesprochen, daß man vor zwölf Wochen keinesfalls wieder eingestellt würde - gleichgültig, ob es einen milden oder strengen Winter gäbe.

+ + +

Die Atomenergie und wir

H.B. - Die Bundesrepublik liegt zwei bis drei Jahre hinter dem internationalen Stand auf dem Kernforschungsgebiet zurück. Das war das Fazit, das Prof. Dr. Fuchs (Aachen) kürzlich in einem Vortrag vor Parlamentariern in Bonn zog. Zwei bis drei Jahre aber sind bei dieser jungen und rasch vorwärtsstürmenden Wissenschaft ein erheblicher Tempoverlust.

Kohle und Öl reichen noch für ungefähr 300 Jahre. Mit Hilfe der Kernspaltung kann man rund hundertmal so viel Energie hervorbringen wie aus der Gesamtmenge der vorhandenen Kohle- und Ölvorräte. Mit Hilfe der Kernfusion aber kann man rund eine Milliarde mal so viel Energie erzeugen.

Gelingt die Energie-Gewinnung durch kontrollierte thermonukleare Fusion, dann hätte man hochwertigen Brennstoff für alle Völker und für alle Zeiten. Die Auswirkungen auf die gegenwärtigen Machtpositionen wären unerhört.

Das technische Ziel der Energie-Gewinnung durch kontrollierte thermonukleare Fusion ist die Herstellung wirtschaftlich funktionierender Reaktoren, mit denen man Energie aus Masse gewinnen kann.

Der wissenschaftliche Vorteil ist, daß man Vorgänge der Energieerhaltung im Labor von nahem beobachten kann, während man diese Vorgänge sonst nur sehr von weitem im Kosmos und im Innern der Sterne zu verfolgen in der Lage ist.

Die physikalische Grundlage ist die Oberflächen-Spannungsenergie. Wenn man z.B. einen prallgefüllten Luftballon aufschlitzt, wird an der Schnittstelle Energie frei. Die Energie-Einheit wird als "S" bezeichnet. Ein Tropfen Alkohol hat 25 S, ein Wassertropfen 75 S, Quecksilber 500 S, ein Atomkern durchschnittlich 10^{20} S.
(100 000 000 000 000 000 000 000).

Anders ausgedrückt: In jedem Zentimeter Kernoberfläche sind rund 3 Millionen kWh S enthalten. Die Fusion von Kernen vermindert die Kernoberfläche (was man sich sehr leicht klarmachen kann, wenn man zwei Würfel gegeneinander hält) und setzt Energie frei.

Eine Verschmelzung von Kernen kann man aber nur bei einer Zündtemperatur von 300 Millionen Grad herbeiführen. (Das sind 15mal so viel wie die Innentemperatur der Sonne). Ein Energie-Gewinn ergibt sich aber nur, wenn die Zündtemperatur über 300 Millionen Grad liegt. Sonst tritt nach der gelungenen Fusion Energie-Verlust ein.

Der Vortragende führte Lichtbilder mit den verschiedensten Fusionsapparaten vor, darunter die letzten Neuheiten aus Genf. Die Apparate sind von hohem wissenschaftlichen Interesse, aber keiner funktioniert. Es ist noch niemandem gelungen, eine kontrollierte Atomkernverschmelzung vorzunehmen.

Es gibt zwar die Wasserstoffbombe, aber ihr "Streichhölzchen" ist die Atombombe, was bedeutet, daß der Fusionsprozeß unkontrolliert bleibt. Außer der wissenschaftlich sehr begrüßenswerten bescheidenen Entwicklung des mikrokosmischen Messwesens haben die Bemühungen um die kontrollierte Kernfusion noch keine Ergebnisse gehabt.

Nur deshalb, weil niemand Erfolg hatte, wurde die Genfer Atomexperten-Konferenz möglich. Damit ist jeder, der sich informieren will, in den Stand gesetzt, den Anschluß an den internationalen Stand zu erreichen. Aber:

Frankreich gibt jährlich 4 Milliarden DM (nicht Franken) für Kernforschung insgesamt aus.

Die USA geben jährlich 30 Millionen Dollar allein für Kernfusionsforschung aus.

Die deutschen Wissenschaftler können nicht mithalten, wenn sie nicht vergleichbare Mittel zur Verfügung haben.

+ + +